

# Vermögenskonzentration und Macht

Der blinde Fleck der Mainstream-Ökonomie

**Miriam Rehm, Matthias Schnetzer**

Die Verteilung der Vermögen ist ein blinder Fleck der Wirtschaftswissenschaft. Während zur Einkommensverteilung sowohl theoretische Überlegungen und Modelle der unterschiedlichen Denkschulen als auch empirische Daten über verhältnismäßig lange Zeiträume zur Verfügung stehen, wurde die Vermögensverteilung weitgehend links liegen gelassen. Die Vermögensverteilung steht aber in engem Zusammenhang mit Macht – hier verstanden als die Möglichkeit, politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen. Der Verteilung von Vermögen kommt daher eine zentrale Rolle im Funktionieren demokratischer Institutionen zu.

Wie Hofmann in diesem Band aufzeigt, steht dieses Desinteresse der Wirtschaftswissenschaft im Widerspruch zur erfahrenen Realität der meisten Menschen. Einstellungsfragen von Vermögenserhebungen legen dar, dass eine satte Mehrheit der Meinung ist, Reichtum verschafft ungerechtfertigte Vorteile, und zu großer Reichtum führt zu Spannungen in der Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, warum die Ökonomie als Wissenschaft Fragen der Vermögensverteilung und der Macht nicht vorrangig behandelt, umso dringlicher.

Ein möglicher Grund liegt in der Datenverfügbarkeit. Ebenso wie Einkommen zu Beginn des 20. Jahrhunderts schlecht erfasst waren, und erst statistische Definitionen und administrative Maßnahmen entworfen werden mussten um Einkommen statistisch wie steuerlich zu erfassen, sind Vermögen zu Beginn des 21. Jahrhunderts für Statistikämter unzureichend eingegrenzt und für Steuerbehörden schwer greifbar. Wenn aber Dinge nicht konkret fassbar sind, ist es schwer über sie zu sprechen. Eine zweite mögliche Antwort bezieht sich auf politische Interessen. Gegeben die negative Einstellung der überwiegenden Mehrheit der Menschen zu ungerechtfertigten Vorteilen durch Reichtum, ist zu erwarten, dass Reiche wenig erpicht sind, politische Einflussnahme öffentlich zu machen.

Während der Zusammenhang von Vermögen und Macht von etlichen Mainstream-ÖkonomInnen, darunter Thomas Piketty oder Joseph Stiglitz, inzwischen als eine zentrale Problemstellung anerkannt wird, argumentiert dieser Beitrag, dass diese Denkschule durch ihre Annahmen und Werkzeuge in der Analyse dieser Frage sehr eingeschränkt ist. Progressive Denkschulen wie der Marxismus aber auch die (Post-) Keynesiansche Ökonomie sind hier deutlich flexibler und vielversprechender.

Dieser Beitrag versucht einen ersten, kleinen Schritt in der Untersuchung von Vermögen und Macht zu machen, indem er einen genaueren Blick auf die Kanäle und Mechanismen wirft, wie die Vermögensverteilung mit Macht zusammenhängt. Nach einer kurzen Bestandsaufnahme der Vermögensverteilung und der Bedeutung von Erbschaften für die ungleiche Verteilung konzentriert sich dieser Beitrag daher auf den Zusammenhang zwischen Vermögen und gesellschaftlicher Macht. Wir stellen die beschränkte Sicht der Neoklassik dar und diskutieren dann drei mögliche Wirkungskanäle, über die Vermögen Einfluss nimmt.

### Vermögenskonzentration in Europa

Die europäische Vermögensforschung hat mit den Daten aus dem *Household Finance and Consumption Survey* (HFCS) einen bemerkenswerten Anstoß erhalten. Vor allem aber räumt die Erhebung zu den privaten Vermögen mit dem Mittelschichtsmythos auf, denn die Vermögen sind viel ungleicher verteilt als Einkommen. Während die Verteilung der Einkommen in vielen Ländern einen „Mittelschichtsbau“ aufweist, sind die Vermögen viel stärker an der Spitze konzentriert. Die reichsten 10 Prozent der Haushalte besitzen zwischen einem Drittel und fast zwei Drittel des Nettovermögens in jenen Eurozonen-Ländern, für die Daten vorhanden sind (siehe Abb. 1). Über alle diese Länder gerechnet, besitzen die obersten 10 Prozent über 50 Prozent des Nettovermögens; im Gegensatz dazu erhalten die 10 Prozent der Haushalte mit den höchsten Einkommen etwa 31 Prozent des Gesamteinkommens (EZB 2013, 96).

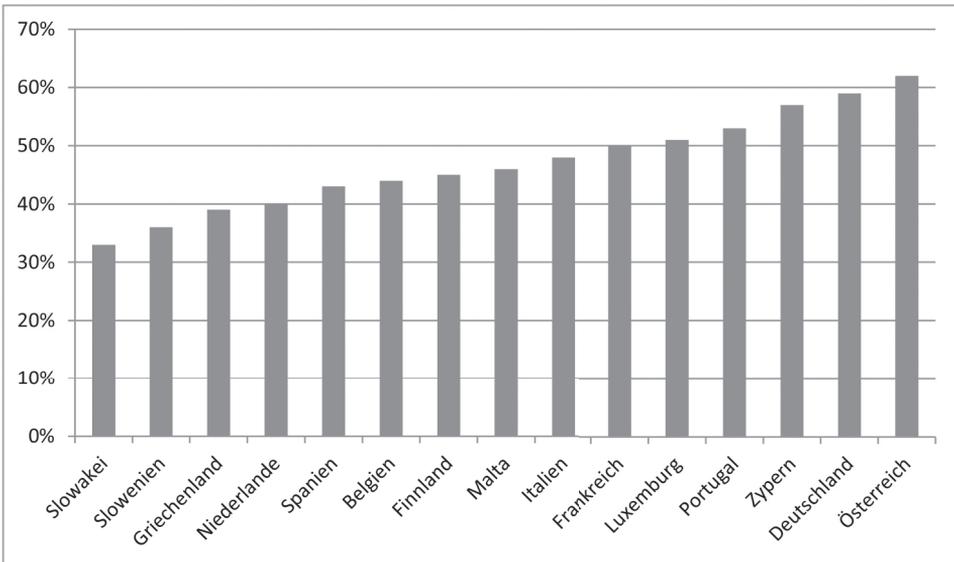


Abbildung 1: Anteil der reichsten 10% am gesamten Nettovermögen  
Quelle: Sierminska/Medgyesi (2013, 10), HFCS (EZB 2010)

Während die HFCS-Daten aktuell nur eine Querschnittsbetrachtung erlauben, dokumentiert Piketty (2014) eindrucksvoll, dass sich diese Ungleichheit über die letzten Jahrzehnte deutlich verschärft hat. Die Vermögenskonzentration folgt seit Anfang des 20. Jahrhunderts in Europa einem u-förmigen Verlauf: Nachdem sie von ihrem Höchststand vor dem 1. Weltkrieg sank, ist sie seit den 1980er Jahren wieder auf einem Aufwärtspfad.

Für Piketty sind Erbschaften dabei ein zentraler Mechanismus, mittels derer diese hohe und weiter steigende Ungleichheit vorangetrieben wird. Die Anhäufung von Vermögen über mehrere Generationen führt zu unterschiedlichen Startpositionen, die sich im Laufe eines Arbeitslebens nicht mehr ausgleichen lassen. Piketty (2014) stellt dementsprechend fest, dass neben Vermögen auch Erbschaften zunehmend konzentriert sind – allerdings gibt es nur für Frankreich eine Zeitreihe. Leitner (2015) zeigt mit den HFCS-Daten für die Länder der Eurozone, dass insbesondere in Ländern mit hoher Ungleichheit (gemessen am Gini Koeffizienten) wie Österreich, Deutschland, aber auch Zypern Erbschaften den

weitaus größten Teil zur Erklärung der Vermögensungleichheit beitragen (siehe Abb. 2). Einkommensungleichheit spielt demgegenüber eine untergeordnete Rolle für die Vermögenskonzentration.

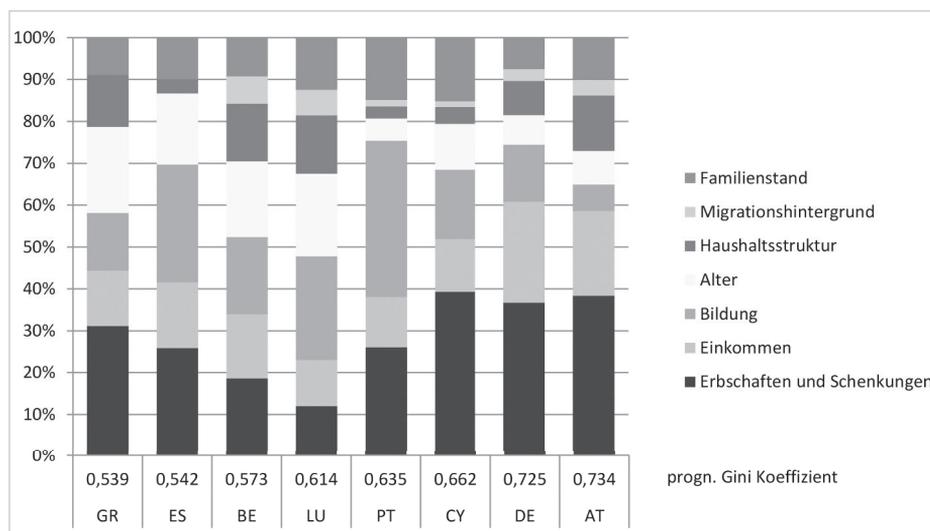


Abbildung 2: Beitrag zur Ungleichheit der Bruttovermögen (% des prognostizierten Ginis)  
Quelle: Leitner (2015), HFCS (EZB 2010)

## Vermögen und Macht in der ökonomischen Theorie

Diese Vermögensungleichheit und ihre Persistenz, die der vorige Abschnitt kurz skizzierte, hat wichtige Implikationen für viele Bereiche in Wirtschaft und Gesellschaft, die stark mit der Frage von Macht verbunden sind. Die Rolle von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen bei der Verteilung des produzierten Reichtums wird von der neoklassischen Ökonomie üblicherweise völlig ausgeblendet. Im Rest dieses Artikels gehen wir kurz auf die Gründe dafür ein, zeigen inwiefern Piketty dieses Thema aufnimmt, und beleuchten die Herangehensweise anderer Sozialwissenschaften und der heterodoxen Ökonomie.

Piketty nimmt die Einblicke der marxistischen und (Post-) Keynesianischen Ökonomie über die starken Verflechtungen zwischen Ungleichheit und der kapitalistischen Produktionsweise auf. Trotz seines neoklassischen Theoriegebäudes und der anti-marxistischen Rhetorik sieht er die Vermögensakkumulation als treibende Kraft im Kapitalismus. Eine Schlüsselrolle in Pikettys Arbeit spielt dabei die dynamische Entwicklung von Vermögensungleichheit; die beschleunigende Vermögensakkumulation wird eine selbsterfüllende Prophezeiung und die Höhe des Vermögens in den Händen Weniger wächst rasant an. Piketty präsentiert beispielhaft einen Kanal für diese Entwicklung, indem er Daten aus etwa 800 Stiftungsfonds US-amerikanischer Universitäten auswertet (Piketty 2014, 596f). Er stellt fest, dass die 3 größten Stiftungsvermögen der renommierten Unis Harvard, Yale und Princeton über 20 Jahre hinweg deutlich stärker (10,2% p.a.) wuchsen als die kleineren Stiftungsvermögen seines Datensatzes (6,2% p.a.). Diese Daten zeigen, dass große Vermögen nicht nur in absoluten Zahlen mehr wachsen als kleine, sondern auch relativ

schneller zunehmen. Höhere Wachstumsraten haben aber durch den Zinseszins-Effekt über mittelfristige Zeiträume sehr starke Auswirkungen auf die Höhe des Vermögens. Höhere Wachstumsraten für große Vermögen spielen daher eine große Rolle für die Vermögenskonzentration.

Ein anderer Kanal, der aus Sicht der Sozialwissenschaften wahrscheinlich wichtiger ist als die eben erwähnten differentialen Renditen, ist für die neoklassische Ökonomie noch weniger greifbar: Die sozialen und ökonomischen Funktionen von Vermögen unterscheiden sich je nach seinem Umfang. So sind die Motive des vorsorglichen Sparens sowie das Ausgleichen der Konsummöglichkeiten über den Lebenszyklus sehr elementare Funktionen von Vermögen (Ando/Modigliani 1963, Carroll/Samwick 1997), was großteils auch durch die Daten aus dem HFCS bestätigt wird. Die privaten Haushalte sparen vor allem rund um Mitte 50 häufiger aus Vorsicht, und die Haushaltsvermögen erreichen in dieser Lebensphase ihr Maximum (Leitner 2015, 20). Größere Vermögen bringen ein breiteres Spektrum an Funktionen mit sich, beispielsweise den Erhalt und Ausbau gesellschaftlicher und ökonomischer Privilegien sowie des sozialen Status (Van Long/Shimomura 2004). Sehr große Vermögen eröffnen zudem Zugang zu politischer Macht, indem die politische Entscheidungsfindung oder sogar die öffentliche Meinungsbildung mittels ökonomischer Ressourcen beeinflusst werden können (Gilens 2012, Schlögl/Plehwe in diesem Band).

Während diese Aspekte in Politikwissenschaft und Soziologie einen wichtigen Forschungsbereich darstellen, zeigt insbesondere die Mainstream-Wirtschaftswissenschaft deutlich weniger Interesse an diesen Fragestellungen. Anhaltspunkte finden sich lediglich in Bezug auf Monopol- und Verhandlungsmacht auf Güter- und Arbeitsmärkten, wobei immer klargestellt wird, dass es sich lediglich um Abweichungen von perfektem Wettbewerb handelt. Dies impliziert die Ansicht, dass im Zustand vollkommenen Wettbewerbs keine Machteinflüsse wirken (Kalmbach 2008). Tatsächlich beugt die allgemeine Gleichgewichtstheorie einer notwendigen Berücksichtigung von Macht in der ökonomischen Theorie vor. Der wahrscheinlich bekannteste ökonomische Beitrag, der die Irrelevanz von Machtverhältnissen betont, ist Eugen Böhm-Bawerks Artikel „Macht oder Ökonomisches Gesetz“ (Böhm-Bawerk 1914). Der österreichische Ökonom und mehrmalige Finanzminister um die Wende zum 20. Jahrhundert stellt die Frage, ob die Verteilung der Güter auf lange Sicht durch Machtverhältnisse oder natürliche ökonomische Gesetze bestimmt wird. Während Böhm-Bawerk nicht darauf eingeht, ob Politik im Allgemeinen ökonomische Gesetze aushebeln kann, betont er, dass die Kräfte der Grenzproduktivitätstheorie die Oberhand behalten (Berger/Nutzinger 2008). Obwohl diese Perspektive nicht auf generelle Machtverhältnisse gerichtet ist, scheint es eindeutig, dass Macht keine wichtige Rolle in der Mainstream-Ökonomie nach der sogenannten Marginalen Revolution spielt (Dürmeier 2008).

Es gibt zahlreiche Erklärungen für diesen blinden Fleck in der herrschenden Wirtschaftswissenschaft. Ein möglicher Grund ist der Widerspruch zwischen dem neoklassischen Fundament des methodologischen Individualismus – ökonomische Phänomene können auf individuelle Handlungsentscheidungen nutzenmaximierender AgentInnen zurückgeführt werden – und der breiteren Perspektive sozialer Klassen, die für eine Analyse von Macht notwendig ist. Dieser Blickwinkel, den die klassische Ökonomie einnahm, brachte unweigerlich die Berücksichtigung von politischen und ökonomischen Konflikten sowie Fragen der Machtverhältnisse mit sich (Rothschild 2002). Der Übergang von der klassischen zur neoklassischen – oder eher anti-klassischen (Lawson 2013) – Ökonomie veränderte die Sichtweise auf ökonomische Subjekte als Mitglieder gesellschaft-

licher Klassen hin zu unabhängigen Individuen, deren Handlungen mit einer simplen Aggregationslogik zu Sektoren aufsummiert werden können. Die Mikrofundierung der Makroökonomie verliert somit die Relevanz von Machtverhältnissen oder ungleichen Machtblöcken in einer Gesellschaft aus dem Blick. Da der methodologische Individualismus ein Kernstück der neoklassischen Ökonomie im Lakatos'schen Sinne (Lakatos 1970) darstellt, kann man ihn auch nicht überwinden ohne das neoklassische Theoriegebäude als solches neu zu formulieren.

Ein andere Erklärung für die fehlende Berücksichtigung von Macht in der herrschenden Wirtschaftswissenschaft stellt die Selbstwahrnehmung der Neoklassik als eine exakte Wissenschaft mit einer naturwissenschaftlich inspirierten Methode dar (Mirowski 1989, Rothschild 2002). Diese Orientierung an einer wissenschaftlich exakten Methode ist ein Alleinstellungsmerkmal, das die Wirtschaftswissenschaft im Vergleich zu anderen Sozialwissenschaften historisch abgrenzte. Die unterschiedlichen epistemologischen Kulturen der sozialwissenschaftlichen Disziplinen ist der Ursprung der präventiven Selbsteinschätzung eines „ökonomischen Imperialismus“ (Lazear 2000) oder der „Überlegenheit der ÖkonomInnen“ (Fourcade u. a. 2015). Allerdings begrenzt diese empirisch-realistische Ontologie der Mainstream-Ökonomie (Palermo 2007) die Möglichkeiten, reale ökonomische Problemstellungen wie Machtverhältnisse zu berücksichtigen. Aus dieser Sicht ist das Ausklammern von Macht in der Ökonomie die Konsequenz aus der Angst des Verlustes von Exaktheit und der Gefahr einer Verunreinigung der Wissenschaftlichkeit durch schwer quantifizierbare Phänomene (Rothschild 2002).

Piketty teilt diese Kritik an der Mainstream-Ökonomie (Piketty 2014, 53). Aus seiner Sicht hat die Disziplin ihre Leidenschaft für „rein theoretische und oftmals sehr ideologische Spekulationen nicht abgelegt, was zu Lasten der historischen Forschung und der Kooperation mit den anderen Sozialwissenschaften geht“. Und dennoch gleicht seine eigene Arbeit dieses Defizit bisher nicht aus. In „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ verweist Piketty zwar wiederholt auf die Relevanz von Machtverhältnissen, er diskutiert den Zusammenhang zwischen Vermögensungleichheit und Macht aber nicht explizit. Das hat sich in seinen jüngeren Publikationen auch nicht geändert. In einem auf sein Buch folgenden Artikel (Piketty 2015, 69) erklärt er, dass die Entwicklung der Ungleichheit von „institutions and policies that societies choose to adopt“ bestimmt wird, aber er erwähnt die den Institutionen zugrunde liegenden Machtverhältnisse nicht.

### **Vermögensungleichheit und die Frage der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse**

Dieser Abschnitt versucht eine erste Annäherung an das Konzept der Macht und greift exemplarisch verschiedene Kanäle heraus, über die Macht durch Vermögen ausgeübt werden kann. Macht ist ein notorisch nebulöses Konzept, das sich sehr schwer dingfest machen lässt und aus Sicht der herrschenden Wirtschaftswissenschaft nicht operationalisierbar ist. Andere Sozialwissenschaften reagierten auf diese Herausforderung damit, ein breiteres Spektrum an Machtbegriffen anzubieten. Obwohl die sozialwissenschaftliche Debatte weit entfernt von einer abschließenden oder sogar einvernehmlichen Definition ist, sind auch sehr grundlegende und unspezifische Definitionen von Macht in sozialen Beziehungen ein Fortschritt gegenüber der mangelhaften Implementierung in der neoklassischen Gleichgewichtstheorie. Beispielsweise definiert Max Weber (1978, 28) Macht als „jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht“. Lukes (2005, 30) bietet

eine ähnliche Konzeptualisierung von Macht: „A exercises power over B when A affects B in a manner contrary to B's interest“.

Diese politikwissenschaftlichen und soziologischen Annäherungen wurden von heterodoxen ÖkonomInnen aufgenommen und erweitert. Die bisher erwähnten Definitionen fokussieren auf beabsichtigtes Verhalten in den Beziehungen zwischen Individuen mit ungleichen Machtressourcen (relationale Macht). Für die Beziehung zwischen Vermögensungleichheit und Machtverhältnissen ist strukturelle Macht aber deutlich relevanter. Dutt (2015) schlägt vor, Macht auch in einem Optimierungsansatz vor dem Hintergrund der Beeinflussung von „Spielregeln“ zu denken. Das Konzept struktureller Macht impliziert auch die Möglichkeit, die Rahmenbedingungen zu formen, in denen politische Institutionen, ökonomische Subjekte, WissenschaftlerInnen oder die Medien agieren. Strukturelle Macht umfasst somit auch das Abstecken der öffentlichen Debatte sowie die Beeinflussung der Diskussionskultur, d.h. zu bestimmen, welche Themen überhaupt diskutiert werden können und welche nicht auf der Agenda stehen. Das Ziel struktureller Macht ist in erster Linie das Aufrechterhalten der herrschenden Macht- (und Eigentums-) Verhältnisse.

Die (Post-) Keynesianische und die marxistische Ökonomie beziehen sich zum größten Teil auf die klassischen Konzepte von Machtverhältnissen, die auf antagonistischen Klasseninteressen basieren. Beispielsweise argumentiert Michal Kalecki (1943) in einem bekannten Artikel über die politischen Aspekte von Vollbeschäftigung, dass KapitalistInnen die sozialen und politischen Konsequenzen der Vollbeschäftigung fürchten, da sich dadurch die Machtverhältnisse zugunsten der ArbeiterInnenklasse verschieben. Die moderne, umfangreiche (Post-) Keynesianische Literatur zur funktionalen Einkommensverteilung und der Relevanz von Arbeitsmarktinstitutionen, also Gewerkschaften, beruht auf diesem Verständnis, dass Interessen- und Machtkonflikte den ökonomischen Ergebnissen zugrunde liegen.

MarxistInnen verknüpfen Macht explizit mit Klassenherrschaft und der Ausbeutung der Arbeitskraft im Kapitalismus (Jessop 2012). Das Fundament der Machtausübung ist somit das Privateigentum an Produktionsmitteln, und Macht wird zur Aufrechterhaltung der sozialen Beziehungen zwischen den Klassen angewandt. Im „Idealfall“ werden die Klassenbeziehungen hegemonial, das heißt zur kollektiven Vorstellung von sozialer Ordnung, die die Normalität im „Alltagsverstand“ der Beherrschten darstellt (Gramsci 1971). Daraus resultiert eine marxistische Antwort auf die Weber'sche Definition von Macht: „[r]ather than A getting B to do something B would not otherwise do, social relations of power typically involve both A and B doing what they ordinarily do“ (Isaac 1987, 96).

Im Folgenden werden nun drei Aspekte diskutiert, wie die ungleiche Verteilung von privaten Vermögen die Machtverhältnisse beeinflussen kann. Da eine ausführliche Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Ungleichheit und Macht den Rahmen dieses Artikels sprengen würde, beschränken wir uns auf (1) Vermögensungleichheit und die Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen, (2) die Konzentration der Produktionsmittel auf wenige große Unternehmungen und Konzernmacht, sowie (3) die Diskrepanz zwischen privater Vermögensakkumulation und öffentlicher Verschuldung als Machtquelle. In der Terminologie von Robert Dahls (1957) einflussreichem Beitrag zu Machtkonzeptionen fokussieren wir auf die Grundlage von Macht, d.h. die zugrunde liegenden Ressourcen, die A benutzen kann um das Verhalten von B zu beeinflussen (Harsanyi 1962).

In Bezug auf den ersten Aspekt, die Verbindung zwischen Vermögensungleichheit und politischer Macht, gibt es nur eine sehr spärliche Anzahl an empirischen Arbeiten. Das ist

sicherlich auch darauf zurückzuführen, dass es kaum gute Daten zu Vermögen gibt und Macht nur sehr schwer zu quantifizieren ist. Die wenige vorhandene Literatur bezieht sich zudem praktisch ausschließlich auf die USA. Page u. a. (2013) etwa erhoben Daten über wohlhabende US-AmerikanerInnen, um die Unterschiede zwischen ihren politischen Präferenzen und jenen der durchschnittlichen Bevölkerung zu analysieren. Sie finden dabei bemerkenswerte Übereinstimmungen zwischen den Präferenzen der Reichen und den tatsächlich umgesetzten politischen Maßnahmen in gewissen Politikfeldern.

Zu Einkommen und Macht im Sinne von politischer Teilhabe gibt es dagegen vergleichsweise reichlich empirische Arbeiten, allerdings auch hier hauptsächlich mit US-Bezug. Gilens und Page (2014) zeigen, dass Einkommenseliten und organisierte Interessenvertretungen der Kapitaleite einen substantiellen Einfluss auf die US-amerikanische Politik ausüben, während Interessenvertretungen für große Bevölkerungsteile sowie DurchschnittsbürgerInnen kaum bzw. kein Gehör für ihre Anliegen finden. Bonica u. a. (2013) untersuchen den Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung bei US-Wahlen und dem Haushaltseinkommen und finden eine eindeutig positive Korrelation. Duca und Saving (2014) dokumentieren die Existenz von langfristigen, zweiseitig gerichteten Rückkopplungseffekten zwischen Einkommensungleichheit und politischer Polarisierung.

Vor dem Hintergrund dieser empirischen Evidenz ist die Annahme gerechtfertigt, dass die schiefe Vermögensverteilung erheblichen Einfluss auf die Möglichkeiten der politischen Teilhabe hat: Überfluss und Einfluss scheinen einherzugehen (Gilens 2012). Privates Vermögen ist eine Ressource, die zur Machtausübung angewendet werden kann, z.B. durch Parteispenden oder Aufwendungen für Lobbyismus. Bonica u. a. (2013) analysieren Parteispenden von Menschen mit hohen und niedrigen Einkommen an US-Wahlkomitees und zeigen, dass ihre ideologischen Präferenzen sich stark unterscheiden. Die Autoren beleuchten die Rückkopplungseffekte der Politik auf Ungleichheit, indem beispielsweise die Spitzensteuersätze in vielen Ländern schrittweise reduziert wurden. Der Zusammenhang zwischen Vermögen und Macht ist somit keine Einbahnstraße, da politischer Einfluss dazu genutzt werden kann, die institutionellen Rahmenbedingungen für die private Vermögensakkumulation zum eigenen Wohl zu verändern.

Der zweite Kanal, über den Vermögen und Macht zusammenhängen, betrifft die Konzentration von Unternehmensvermögen, die auch die Konzentration von Unternehmensmacht impliziert. Konzentrationsprozesse zählen zu den systemischen Eigenschaften der kapitalistischen Produktionsweise, und die daraus resultierende Konzernmacht kann einen entscheidenden Einfluss darauf haben, wie eine Gesellschaft funktioniert. Deshalb begrenzt Harvey (2014) die Konsequenzen der Machtkonzentration von Unternehmen und der Monopol Tendenzen nicht nur auf Preiseffekte an den Gütermärkten. Er argumentiert, dass die historische Entwicklung der Kommodifizierung aus dem Profitstreben sowie den Monopolbestrebungen der KapitaleigentümerInnen hervorgeht (siehe auch Crouch 2004). Die Kommodifizierung ist somit ein Ausdruck der sich verändernden Machtverhältnisse in einer Gesellschaft, da große Unternehmen die private (und bevorzugterweise monopolistische) Produktion bisher öffentlich oder nicht-kapitalistisch bereitgestellter Güter einfordern. Auch andere Entwicklungen zeigen die Verschiebung in den Machtverhältnissen zwischen Konzernen und der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit. Zucman (2014) legt dar, wie multinationale Unternehmen ihre Profite maximieren, indem sie mittels Gewinnverlagerungen und konzerninterner Verrechnungsmethoden nationale Steuersysteme aushebeln. Große Konzerne nutzen ihre Macht somit nicht nur um profitsteigernde institutionelle Rahmenbedingungen zu schaffen, sondern untergraben

damit auch die finanzielle Basis der Wohlfahrtsstaaten. Dieses Aushungern der staatlichen Finanzierungsbasis ist eng verknüpft mit dem dritten Aspekt, den wir hier beleuchten wollen: die Diskrepanz zwischen privaten Vermögen und öffentlicher Verschuldung.

Während öffentliches Vermögen eine sehr wichtige Rolle in der Nachkriegsära spielte, erodiert es seit Jahrzehnten durch Privatisierungen und Deregulierungen. Das Spiegelbild dieses Rückgangs ist der starke Anstieg der privaten Vermögen seit den 1970er Jahren (Piketty 2014, 170). Diese Entwicklung wurde durch die Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007 zusätzlich beschleunigt. Einerseits wurden öffentliche Mittel dazu eingesetzt, das private Kapital, vor allem in den Finanz- und Bankensektoren, in zahlreichen europäischen Ländern mittels spektakulärer Rettungsaktionen abzusichern. Andererseits kamen die öffentlichen Haushalte durch ebendiese Ausgaben sowie durch die automatischen Stabilisatoren in der Folge der Krise unter erhöhten Druck. Während die öffentlichen Schuldenstände somit dramatisch anstiegen, blieben die ökonomischen Möglichkeiten, den Finanzsektor einzudämmen und Teile des Bankenwesens sinnvoll in den gesellschaftlichen Besitz überzuführen, ungenutzt. Im Gegenteil, die fiskalischen Konsequenzen der Finanz- und Wirtschaftskrise, sowie die damit verbundenen Missverhältnisse zwischen privaten und öffentlichen Vermögen, waren auf allen Ebenen der Politik zu spüren. Da die Fiskalpolitik auch (oder gerade) in diesem krisenhaften Umfeld auf europäischer Ebene stark beschnitten wird, sind öffentliche Dienstleistungen zunehmend unterfinanziert. Auch das ändert das Kräfteverhältnis zugunsten von privaten Unternehmen und vermögenden Personen, denn die Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben erfolgt zusehends durch Private-Public Partnerships sowie durch spendenbasierte Privatinitiativen (McCoy u. a. 2009). In weiterer Folge droht auch eine Aushöhlung der demokratischen Entscheidung über notwendige Investitionen, wenn diese von der privaten Finanzierung einer kleinen Vermögenselite abhängig sind. Insgesamt verschärfte sich somit im Gefolge der Krise das Ungleichgewicht zwischen öffentlichem und privatem – stark konzentriertem – Vermögen.

Diese drei exemplarischen Kanäle, über die sich Vermögen und Macht gegenseitig beeinflussen, illustrieren, wie wichtig eine Konzeption dieser beiden Begriffe in der Wirtschaftswissenschaft ist. Sie müssen zudem zusammen gedacht werden, damit ihre explosive Wechselwirkung entsprechend erfasst werden kann.

## Resümee

Dieser Beitrag argumentiert, dass Vermögensungleichheit und Machtverhältnisse zwei Kernbereiche für die zukünftige Forschung in den heterodoxen Wirtschaftswissenschaften sind. Aus unserer Sicht sind die Akkumulation privater Vermögen, der konzentrierte Besitz an Produktionsmitteln sowie die damit verbundenen Gestaltungsmöglichkeiten von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen von zentraler Bedeutung für ein progressives Verständnis von Ökonomie. Zwei rezente Entwicklungen haben diesem Forschungsgebiet zu neuem Schwung verholfen: der immense Erfolg von Pikettys Buch hat sowohl die Mainstream-Ökonomie als auch die Öffentlichkeit für Verteilungsfragen sensibilisiert; zudem haben neue Vermögensdaten der Europäischen Zentralbank, der Household Finance and Consumption Survey (HFCS), reichhaltige und aufschlussreiche Analysen der Vermögensverteilung in der Eurozone ermöglicht.

Erste Resultate aus der Forschung mittels HFCS-Daten haben Pikettys Resultate nicht nur bestätigt, sondern seine Untersuchungen mit sozioökonomischen Charakteristika der privaten Haushalte angereichert. Diese Analysen zeigen, dass Vermögen extrem ungleich

verteilt ist – viel ungleicher als Einkommen. Mehr als die Hälfte der untersuchten Länder weisen Gini-Koeffizienten jenseits von 0,6 Einheiten auf, und das obwohl die HFCS-Daten die tatsächliche Vermögensungleichheit durch die Untererfassung von sehr reichen Haushalten noch unterschätzen. Weiters ist die Frage, ob Vermögen durch Arbeitseinkommen oder durch intergenerationelle Transfers akkumuliert wird, zentral für die Chancengleichheit in einer Gesellschaft und stark mit der Legitimation dieser Gesellschafts- und Produktionssysteme verknüpft. Piketty zeigt mit seinen historischen Daten aus Frankreich eindeutig: große Vermögen werden heutzutage nicht durch Arbeit, sondern durch Erbschaften angehäuft. Auch die HFCS-Daten weisen in dieselbe Richtung: Erbschaften sind der größte einzelne Erklärungsfaktor für die Höhe der Vermögensungleichheit.

Die Konzentrationsprozesse, die der Vermögensakkumulation innewohnen, bergen das Risiko einer Eskalation der Vermögensungleichheit. Einerseits, wie auch von Piketty überzeugend dokumentiert, ernten größere Vermögen auch höhere Renditen. Andererseits können sehr große Vermögen ihre Machteinflüsse geltend machen um die wirtschaftspolitischen Entscheidungen zu ihren Gunsten auszurichten bzw. um ihre Vermögensakkumulation zu beschleunigen.

Macht ist ein blinder Fleck der herrschenden neoklassischen Wirtschaftswissenschaft. Das liegt einerseits an der grundsätzlichen Ausrichtung am methodologischen Individualismus und der Vernachlässigung sozialer Klassen bzw. ungleicher Machtverhältnisse. Zum anderen droht aus Sicht der naturwissenschaftlich-orientierten Ökonomie die Exaktheit verloren zu gehen, wenn ein schwer operationalisierbares Konzept wie Macht Einzug findet. (Post-)keynesianische und marxistische Denkschulen bieten bessere Grundlagen, um Machtkonzeptionen auf Verteilungsfragen anzuwenden, da Klasseninteressen weiterhin berücksichtigt werden. Vor allem die Auffassung von struktureller Macht und Vorstellungen von Hegemonie im gramscianischen Sinn sind unerlässlich, um die Machtkonflikte im Kern der Verteilungsfragen ökonomischer Ressourcen zu verstehen.

Schließlich zeigt dieser Beitrag, dass Vermögensungleichheit und Machtverhältnisse untrennbar verbunden sind und in vielerlei Hinsicht interagieren. Das stellt die heterodoxen Wirtschaftswissenschaften vor viele noch offene Forschungsfragen, sowohl in theoretischer als auch in empirischer Betrachtung. Entscheidend ist die Frage, wie die Gesellschaft mit dieser wachsenden Problematik umgeht. Die Erkenntnis, dass Vermögensakkumulation und Konzentrationstendenzen systemimmanente Prozesse im Kapitalismus sind, mündet in der Frage, ob es einen Kapitalismus ohne Interessenwidersprüche und Machtungleichgewichte geben kann. Piketty ist in seinem Buch überzeugt, dass eine geeignete Institutionenlandschaft und ausreichende demokratische Mitbestimmung das Problem der Vermögens- und Machtkonzentration in den Griff bekommen kann. Auch wenn diese Hoffnung, wie von Stütze/Kaufmann in diesem Band, durchaus kritisch gesehen werden kann, bietet Piketty damit zumindest die Grundlage für eine intensivere Diskussion über die Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft.

## Literatur

- Ando, Albert/Modigliani, Franco (1963): The 'life cycle' hypothesis of saving: Aggregate implications and tests. *The American Economic Review* 53(1), 55–84.
- Berger, Johannes/Nutzinger Hans G. (2008): Zum Verhältnis von „Macht“ und „ökonomischem Gesetz“. In: *Ökonomie und Gesellschaft, Jahrbuch 21*. Metropolis Verlag, Marburg.
- Böhm-Bawerk, Eugen (1914): Macht oder ökonomisches Gesetz? *Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung*, Bd. 23, Wien.
- Bonica, Adam/McCarty, Nolan/Poole, Keith T./Rosenthal, Howard (2013): Why Hasn't Democracy Slowed Rising Inequality? *Journal of Economic Perspectives* 27(3), 103–24.
- Carroll, Christopher D./Samwick, Andrew A. (1997): The nature of precautionary wealth. *Journal of Monetary Economics* 40(1), 41–71.
- Crouch, Colin (2004): *Post-Democracy*. John Wiley & Sons.
- Dahl, Robert A. (1957): The Concept of Power. *Behavioral Science* 2(3), 201–215.
- Duca, John V./Saving, Jason L. (2014): *Income Inequality and Political Polarization: Time Series Evidence Over Nine Decades*. Federal Reserve Bank of Dallas Research Department, Working Paper 1408.
- Dürmeier, Thomas (2008): Die asymmetrische Geschichte der Kategorie Macht in der Ökonomik. In: *Ökonomie und Gesellschaft, Jahrbuch 21*. Metropolis Verlag, Marburg.
- Dutt, Amitava K. (2015): Uncertainty, power, institutions, and crisis: implications for economic analysis and the future of capitalism. *Review of Keynesian Economics* 3(1), 9–28.
- Europäische Zentralbank (EZB) (2010): *Household Finance and Consumption Survey (HFCS)*.
- Europäische Zentralbank (EZB) (2013): *The Eurosystem Household Finance and Consumption Survey. Results from the first wave*. ECB Statistics Paper Series No 2/April 2013.
- Fourcade, Marion/Ollion, Etienne/Algan, Yann (2015): The Superiority of Economists. *Journal of Economic Perspectives* 29(1), 89–114.
- Gilens, Martin (2012): *Affluence and Influence – Economic inequality and political power in America*. Princeton University Press.
- Gilens, Martin/Page, Benjamin I. (2014): Testing Theories of American Politics: Elites, Interest Groups, and Average Citizens. *Perspectives on Politics* 12(3), 564–581.
- Gramsci, Antonio (1971): *Selections from the Prison Notebooks*. International Publishers.
- Harsanyi, John (1962): The dimension and measurement of social power. In: Rothschild, K. (1971): *Power in Economics*. Penguin Books.
- Harvey, David (2014): *Seventeen Contradictions and the End of Capitalism*. Profile Books.
- Isaac, Jeffrey C. (1987): *Power and Marxist Theory: A Realist Approach*. Cornwell University Press.
- Jessop, Bob (2012): *Marxist Approaches to Power*. In: Amenta, E., K. Nash, and A. Scott (eds.): *The Wiley-Blackwell Companion to Political Sociology*. John Wiley & Sons, United Kingdom.
- Kalecki, Michal (1943): Political aspects of full employment. *The Political Quarterly* 14(4), 322–330.
- Kalmbach, Peter (2008): Anmerkungen zum Verhältnis von Macht und ökonomischem Gesetz. In: *Ökonomie und Gesellschaft, Jahrbuch 21*. Metropolis Verlag, Marburg.
- Lakatos, Imre (1970): *Criticism and the Growth of Knowledge*. Cambridge University Press, Cambridge.
- Lawson, Tony (2013): What is this 'school' called neoclassical economics? *Cambridge Journal of Economics* 37(5), 947–983.
- Lazear, Edward P. (2000): Economic Imperialism. *The Quarterly Journal of Economics* 115(1), 99–146.
- Leitner, Sebastian (2015): Drivers of wealth inequality in Euro area countries. AK Working Paper Series Nr. 137 (Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft), 1–25.
- Lukes, Steven (2005): *Power – A Radical View*. Palgrave Macmillan.
- McCoy, David/Kembhavi, Gayatri/Patel, Jinseh/Luintel, Akish (2009): The Bill & Melinda Gates Foundation's grant-making programme for global health. *The Lancet* 373, 1645–1653.

- Mirowski, Philip (1989): *More Heat than Light: Economics as Social Physics, Physics as Nature's Economics*. Cambridge University Press.
- Page, Benjamin I./Bartels, Larry M./Seawright, Jason (2013): Democracy and the Policy Preferences of Wealthy Americans. *Perspectives on Politics* 11 (1), 51–73.
- Palermo, Giulio (2007): The ontology of economic power in capitalism: mainstream economics and Marx. *Cambridge Journal of Economics* 31(4), 539–561.
- Piketty, Thomas (2014): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. C.H. Beck.
- Piketty, Thomas (2015): Putting Distribution Back at the Center of Economics: Reflections on Capital in the Twenty-First Century. *Journal of Economic Perspectives* 29(1), 67–88.
- Rothschild, Kurt W. (2002): The absence of power in contemporary economic theory. *Journal of Socio-Economics* 31(5), 433–442.
- Van Long, Ngo/Shimomura, Koji (2004): Relative wealth, status-seeking, and catching-up. *Journal of Economic Behavior & Organization* 53(4), 529–542.
- Weber, Max (1978): *Economy and Society*. University of California Press.
- Zucman, Gabriel (2014): Taxing across Borders: Tracking Personal Wealth and Corporate Profits. *Journal of Economic Perspectives* 28(4), 121–148.